

01 / 16

[Spendenkonto](#)
[Web](#)
[Kontakt](#)

Newsletter

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



Liebe Freundinnen und Freunde

nach einer längeren Pause schicken wir Euch den ersten Newsletter 2016. Mit diesem Rundbrief möchten wir Euch informieren und einen kleinen Überblick geben über die aktuelle Arbeit von uns, **borderline-europe**. Hier stellen wir neben Veranstaltungen einige Aktionen und Initiativen vor an denen sich **borderline- europe** beteiligt.

Viel Spaß beim Lesen!
Das borderline-europe-Team.

[Spendenkonto](#)
[Web](#)
[Kontakt](#)

Themen dieser Ausgabe

[Hotspots in Sizilien und die zeitversetzten Zurückweisungen](#)

[Proti Stassi – Flüchtlingshilfe auf der Insel Lesbos](#)

[Die Situation im Mittelmeer und die neue EU-Mission EUNAVFORMED](#)

[Die Balkanroute – ein Überblick](#)

[Asylrechtsverschärfung 2.0](#)

[Der Internationale Tag der Migration 18. Dezember 2015](#)

[2. Internationale Schlepper- und Schleuserkonferenz \(2.ISS\)](#)

[Sea-Watch startet neue Rettungsaktion auf Lesbos](#)

[Termine und Vorankündigungen](#)

Hotspots in Sizilien und die zeitversetzten Zurückweisungen

Sechs Hotspots soll es in Italien geben: Lampedusa, Trapani, Pozzallo, Porto Empedocle, Augusta (alle Sizilien) und Taranto (Apulien). Eröffnet wurden bisher Lampedusa und Trapani. Das Ziel der neuen Zentren ist die Trennung der Migrant*innen in drei Kategorien: potentielle Asylsuchende, potentielle Anwärter*innen für eine Umsiedlung in andere europäische Staaten (nur Geflüchtete syrischer, irakischer oder eritreischer Nationalität) und Migrant*innen, die nach Ansicht der Behörden kein Anrecht auf Asyl in Italien haben.

Geflüchtete müssen bei der Ankunft einen Fragebogen ausfüllen, auf dem sie den Fluchtgrund „Asyl“ nur unter weiteres selbst eintragen können, und erhalten keine Information zum Asylantrag. Daraufhin wird den meisten eine Ausweisungsverfügung ausgestellt, in der sie verpflichtet werden, die Zentren sofort und das italienische Territorium innerhalb von sieben Tagen vom Flughafen Rom Fiumicino aus zu verlassen. Die Ausweisungsverfügung wird den Geflüchteten auf der Fähre von Lampedusa nach Porto Empedocle oder im Hotspot in **Trapani** bzw. in den Ankunftsflächen ausgestellt. Borderline Sicilia registrierte Fälle zeitverzögerter Zurückweisungen bei Geflüchteten aus Gambia, Senegal, Mali, Elfenbeinküste, Guinea, Nigeria, Ghana, Pakistan, Somalia,

Eritrea (bei Verweigerung der Abnahme von Fingerabdrücken), Marokko, Tunesien und Ägypten. Betroffen sind auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und schwangere Frauen.

Diese Praxis verstößt gegen verschiedene Rechtsnormen. So ist es nach italienischem Recht verboten den Zugang zum Asylverfahren auf Basis der Staatsbürgerschaft zu verweigern. Es handelt sich hier um eine strukturierte Irregularisierung von Geflüchteten, von Italien billigend in Kauf genommen und von der EU unterstützt.

[Mehr Informationen dazu hier.](#)

„Proti Stassi“ – Flüchtlingshilfe auf der Insel Lesbos

Mit viel Elan und sehr viel ermutigender Unterstützung haben wir im Juni 2015 das Projekt „Proti Stassi“ („Erste Station“) auf Lesbos begonnen. Unser Ziel war es, eine wetterfeste Erstanlaufstelle für Flüchtende aufzubauen, die eine menschenwürdige Aufnahmesituation gerade in den Wintermonaten gewährleisten. Ein erster Versuch, dies auf dem leerstehenden Campingplatz in Molyvos zu realisieren, ist nicht genehmigt worden. Die fortgeführte Suche nach einem geeigneten Platz führte dann zu einer ehemaligen Molkerei in der Nähe des Ortes Kleio. Nach mehreren Gesprächen und Treffen mit der lokalen Bevölkerung bekamen wir von dem Bürgermeister der In-

sel einen Mietvertrag für die Molkerei und haben mit dem Ausbau (Strom, sanitäre Anlagen, Renovierung etc.) begonnen und inzwischen weitestgehend fertig gestellt. Bereits während der Bauphase gab es jedoch von Teilen der Dorfbewohner Proteste gegen unser Projekt. Kurz vor der bevorstehenden Eröffnung fand eine Bürgerversammlung statt, bei der sich die Anwesenden mehrheitlich gegen die Eröffnung ausgesprochen haben. Darüber hinaus wurde angekündigt, die unterbrochene Wasserversorgung nicht wieder in Betrieb zu nehmen. Damit konnte Proti Stassi erst einmal nicht in Betrieb genommen werden. Vertreter von borderline-europe blieben, trotz dieses Rückschlages, weiterhin vor Ort und beteiligten sich mit den vorhandenen Ressourcen aktiv an der Betreuung und dem Transport von neuankommenden Geflüchteten. Vermutlich hat dieses Beispiel kontinuierlicher praktischer Solidarität dazu beigetragen, dass auf einer weiteren Bürgerversammlung kurz vor Weihnachten für die Eröffnung von **Proti Stassi** gestimmt wurde. Wir haben nun also die letzten Ausbauarbeiten am Gebäude beendet und müssen jetzt noch die für eine Registrierung notwendigen Formalitäten erfüllen, um eine dauerhafte Nutzung dieser Erstanlaufstelle gewährleisten zu können. Der Bürgermeister der Insel hat angedroht die Aktivitäten aller nicht registrierten NGO's zu unterbinden und nach Zeitungsmeldungen führen Frontex und die griechischen Polizei entsprechende Kontrollen bei den NGO's und Freiwilligen durch.

Wir möchten an dieser Stelle allen Spender*innen für die Unterstützung beim Aufbau von Proti Stasi ganz herzlich danken und wir werden weiterhin die Spenden für eine menschenwürdige Versorgung der Flüchtlinge auf Lesbos einsetzen.

Die Situation im Mittelmeer und die neue EU-Mission EUNAVFORMED

Im Jahr 2015 kamen nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 1,004,356 Migrant*innen über den Seeweg nach Europa, **davon sind 152.864 in Italien und 881.910 in Griechenland angekommen**. Gleichzeitig haben 3.772 Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer ihr Leben verloren, gegenüber 3.279 im Jahr 2014. Sie sind Opfer der europäischen Migrationspolitik, die noch immer keine legalen Einreisemöglichkeiten für Geflüchtete und Migrant*innen geschaffen hat.

Als Reaktion auf die hohe Anzahl von Toten bei zwei Schiffskatastrophen im April 2015 beschloss die EU im Mai die Militäroperation EU NAVFOR Med (EU Naval Forces Mediterranea. Seenotrettung gehört nicht zu den Prioritäten dieses Militäreinsatzes bzw. der EU. Rettung von Flüchtlingen erfolgt hauptsächlich durch privat bzw. zivilgesellschaftlich betriebene Rettungsschiffe, wie die von Ärzten ohne Grenzen, der Sea-Watch und von

MOAS.

Am 1. Oktober hat der Bundestag beschlossen sich auch an der 2. Phase von EU NAVFOR MED zu beteiligen. Während die erste Phase dieser Militäroperation der „Aufdeckung und Beobachtung von Migrationsnetzwerken“ durch das „Sammeln von Informationen“ dienen sollte, besteht der Auftrag in der zweiten Phase im „Anhalten, Durchsuchen, Beschlagnahmen und Umleiten“ von verdächtigen Schiffen. Für die angedachte dritte Phase sind die „Zerstörung oder Unbrauchbarmachung“ von Schiffen sowie auch Einsätze in Libyen vorgesehen. Die Bundesrepublik stellt für diese Operation bis zu 950 Soldaten zur Verfügung. Insgesamt soll die **Operation** sechs Kriegsschiffe, zwei U-Boote, drei Seeraumüberwachungsflugzeuge sowie zwei Drohnen umfassen.

Die Balkanroute — Ein Überblick

881.910 Menschen sind im Jahr 2015 in Griechenland, hauptsächlich auf den Inseln der Ägäis angekommen und die meisten haben ihre Flucht Richtung Norden durch die Balkanstaaten fortgesetzt, d.h. durch Mazedonien, Serbien, Ungarn, Österreich nach Deutschland und weiter nach Skandinavien. Die Versuche einiger Staaten die Geflüchteten mit dem Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas und massiven Polizeieinsätzen an den

Grenzen zu stoppen, blieben erfolglos. Nachdem Ungarn die eigene Grenze mit Zäunen und Militär abgeriegelt hatte verlagerten die Geflüchteten ihren Weg von Serbien über Kroatien und Slowenien nach Österreich. Ende Oktober wurde dann in Brüssel von neun EU- und drei Balkan-Staaten ein 17-Punkte Programm zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen beschlossen und Mitte November haben dann in einer konzertierten Aktion die Staaten auf der Balkan-Route begonnen, nur noch **Staatsangehörige aus Syrien, dem Irak und Afghanistan** die Weiterreise zu gestatten. Alle anderen wurden kurzerhand zu „Wirtschaftsflüchtlingsen“ gestempelt, was angesichts von Herkunftsländern wie Iran, Eritrea, Somalia etc. ein glatter Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention ist. Aber auch Protestnoten vom UNHCR, der IOM und der UN haben diese Verstöße gegen das Völkerrecht nicht aufheben können. Gleichzeitig hat die EU Verhandlungen mit der türkischen Regierung begonnen und versucht diese mit Geld, politischem Druck und Zugeständnissen dazu zu bewegen, die Abreise von Flüchtlingen zu verhindern.

Auf den griechischen Inseln in der Ägäis kontrollieren mittlerweile Frontex und die griechische Polizei NGO's und Freiwillige, die ankommende Geflüchtete unterstützen bzw. auch aus Seenot retten. Mit all diesen aufeinander abgestimmten Maßnahmen sollen die Wege in die EU für Schutzsuchende verschlossen werden. **Liveticker**

„Proti Stassi“ – Flüchtlingshilfe auf der Insel Lesbos

2015 war in Deutschland das Jahr der großen **Asylrechtsverschärfungen**. Nach Beschluss einer massiven Ausweitung der Abschiebehafte durch die Schaffung weiterer Haftgründe im Juli, trat Ende Oktober im Eilverfahren das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ in Kraft, das jedoch eher Integrationsverhinderungsgesetz heißen müsste: Statt einer Beschleunigung des Asylverfahrens ist das Ziel die gesetzliche Verhinderung der Integration und Teilhabe großer Geflüchteten Gruppen – das **Aufenthaltsrecht** wurde mit einer umfassenden sozialen Exklusion flankiert. Viele der mühsam erkämpften Verbesserungen werden dadurch wieder rückgängig gemacht:

- * Die Lagerpflicht wird für sämtliche Asylsuchenden unabhängig vom Herkunftsland von drei auf bis zu sechs Monate ausgeweitet. Das führt unmittelbar zu einer Verlängerung der Wartezeit auf den Arbeitsmarktzugang.

- * Laut geändertem Asylbewerberleistungsgesetz soll künftig der „notwendige persönliche Bedarf“ durch Sachleistungen ersetzt werden.

- * Albanien, Kosovo und Montenegro werden als weitere sogenannte „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft.

- * Asylsuchenden aus „sicheren Herkunftsstaaten“ ist es nun gesetzlich verboten, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten.

- * Für Menschen aus diesen Staaten soll zudem eine unbefristete Lagerpflicht in sogenannten „Aufnahmelagern“ herrschen - faktisch also Abschiebelager.

- * „Vollziehbar Ausreisepflichtige“ sollen künftig nur noch die Leistungen des „physischen Existenzminimums“ erhalten, wenn sie aus selbst zu vertretenden Gründen nicht abgeschoben werden können.

Ein weiteres „**Asylpaket**“, das u.a. Schnellverfahren, strenge Residenzpflicht während des Verfahrens und eine temporäre Aussetzung des Anspruchs auf Zusammenführung beinhaltete, ist noch nicht wie geplant zum Januar in Kraft getreten, steht aber noch auf der Tagesordnung. Und schon werden die Kölner Gewaltexzesse zum Anlass genommen weitere **Gesetzesverschärfungen** durchzuführen. Die immer lauter eingeforderte Möglichkeit nach einem „Spurwechsel“, also einer aufenthaltsrechtlichen Alternative zum Asylverfahren ist nach diesen Verschärfungen in noch weitere Ferne gerückt. Stattdessen lautet das Ziel, Schutzsuchende durch Ausgrenzung und Diskriminierung abzuschrecken.

Der Internationale Tag der Migration 18. Dezember 2015

Zum diesjährigen **Internationalen Tag der Migration am 18. Dezember 2015** hat *borderline-europe Menschenrechte ohne Grenzen e. V.* an der Organisation zur „Gedenkkundgebung für die Toten der europäischen Grenzpolitik“ mitgewirkt, die im Rahmen des „Global Day of Action against Racism and for the rights of migrants, refugees and displaced people“ in Berlin stattfand. Neben Aktionen in zahlreichen europäischen Städten haben sich auch Menschen in afrikanischen Ländern wie Mali und Togo am Widerstand gegen das europäische Grenzregime beteiligt.

In Berlin haben sich ca. 100 Menschen am Pariser Platz, vor dem Gebäude der Vertretung der EU in Deutschland, versammelt und gemeinsam der Menschen gedacht, die durch die tödliche EU Asyl- und Migrationspolitik ums Leben gekommen sind. Wir haben Kerzen angezündet und daran erinnert, dass nicht nur die Gewässer Europas für viele Migrant*innen eine tödliche Gefahr bedeuten. Auch andere erzwungene Wege, auf denen Menschen Ersticken, Erfrieren, Verdursten, Verhungern oder durch Landminen ums Leben kommen, sind auf die EU Politiken zurückzuführen.

2. Internationale Schlepper- und Schleuserkonferenz (2.ISS)

Vom 16. bis zum 18. Oktober fand die **2.ISS** in den Münchener Kammerspielen statt, organisiert von [borderline-europe](#) in Kooperation mit [bordermonitoring.eu](#), dem Flüchtlingsrat Bayern und Fluchthilfe und Du. Neben vier Podiumsdiskussionen zu den Themen Geschichte und Bedeutungswandel der Fluchthilfe, konkrete Praxis, Kriminalisierung der Fluchthilfe und künstlerischen Aktivitäten und Kampagnen fand auch eine Preisverleihung statt. Eine Dokumentation der Konferenz ist in Arbeit und ein erster Filmbericht ist [hier](#) zu finden.

Sea-Watch startet neue Rettungsaktion auf Lesbos

2015 konnte Sea Watch mit ihrem umgebauten Fischkutter vor der Küste von Libyen bereits 2000 Menschenleben retten. Mitte November hat Sea-Watch seinen **Rettungseinsatz** auch vor der Insel Lesbos begonnen. In der Ägäis riskieren auch im Winter viele Schutzsuchende die relativ kurze Fahrt von der türkischen Küste auf die griechischen Inseln. Durch die oftmals schlechten Wetterbedingungen kommt es dabei häufig zu Unglücken

cken und Todesfällen. Darüber hinaus hat Sea-Watch jetzt auch ein **größeres Schiff** für den Einsatz im zentralen Mittelmeer gekauft und wird damit in diesem Jahr wieder Menschen aus See-Not retten.

Termine und Vorankündigungen

Aktionstag am 6. Februar 2016 „Call for Transnational Action“

Aktivist*innen der Organisationen Alarm Phone, Afrique-Europe-Interact und Voix des Migrants rufen auf zur Mobilisation gegen die Militarisierung der Grenzen und die Asylpolitik Europas am 6. Februar. Der Aktionstag soll an die Schrecken des 06. Februar 2014 erinnern, an dem die spanische Guardia Civil mit Tränengas und Gummigeschosse versuchten 500 Migrant*innen daran zu hindern die spanische Enklave in Ceuta zu erreichen. Es starben mindestens 15 Menschen.

Es sind bereits Kundgebungen und Demonstrationen in Barcelona, Berlin, Ceuta, Strasbourg und Rabat geplant. Wir laden ein zur dezentralisierten Aktionen für die Bewegungsfreiheit, für die Demilitarisierung der Grenzen Europas und für ein Ende der Toten auf den Meer Routen!

Callout for transnational actions

Demonstration „Carnival Al-Lajjin“ am 20. März 2016 in Berlin

Zum Internationalen Tag gegen Rassismus (21. März) findet in Berlin am 20. März eine Demonstration der Kampagne **„My Right is Your Right!“** statt. Diese Kampagne gegen die Isolation und die Diskriminierung von Geflüchteten wurde Ende 2014 auf Initiative von Menschen aus verschiedenen Berliner Theatern und anderen Kulturschaffenden gegründet, aus Protest gegen den Umgang des Berliner Senats mit den Flüchtlingsprotesten vom Oranienplatz und der Gerhart-Hauptmann-Schule. Sie wendet sich gegen den institutionellen Rassismus in Deutschland und Europa und kämpft für die vollständige Abschaffung der Residenzpflicht, ein Stopp der Unterbringung in Lagern und aller Abschiebungen sowie für Bleiberecht, Bildung, Arbeitsmöglichkeiten und frei gewähltes Wohnen für alle. Die Demonstration, „Carnival Al-Lajjin“ wird auf kreative Weise auf die Probleme der Geflüchteten sowie ihre Forderungen aufmerksam machen.

Solidarität braucht Ihre Hilfe — Unterstützen Sie borderline-europe!



Über uns

An den Außengrenzen der Europäischen Union finden immer mehr Menschen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben den Tod. Sie fliehen vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltkatastrophen, ungerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen und sie fliehen vor den gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern.

Kontakt

borderline-europe -
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

+49 (0) 176 420 276 55
mail@borderline-europe.de

www.borderline-europe.de

Folge uns!

Folge uns [hier](#) auf Twitter.
Folge uns [hier](#) auf Facebook.